EP-W-01-206

Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 206 bis 221:
~~Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Deshalb befürworten wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone im Rahmen der allgemeinen EU-Finanzen. Wir schaffen ein EurozonePlus-Budget, das in dem Maße aufwächst, wie sich die beteiligten Mitgliedstaaten darauf einigen, darüber gemeinsame Aufgaben gemeinsam zu finanzieren, die sie bisher national finanziert hatten. Solche europäischen Gemeingüter wären zum Beispiel ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa. Dieses EurozonePlus-Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern. Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die besonders antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und Steuerdumping beendet. Deutschland und Frankreich sollten hier vorangehen. Durch ein so finanziertes Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze. Der Haushalt für die Eurozone sollte verpflichtend für alle Euroländer, aber offen für alle sein, daher „EurozonePlus“.~~

Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Dafür braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone, da die Krise gezeigt hat, dass nationale Fiskalpolitik alleine zu Schieflagen und unnötig langen Krisen führt – selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten. In seiner heutigen Form kann der EU-Haushalt diese Funktion einer gemeinsamen Haushaltspolitik aber nicht erfüllen. Wir brauchen neue Instrumente bereits für die nächste Krise. Dafür schaffen wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone mit einer neuen Funktionsweise, der gemeinsame europäische Aufgaben finanziert und sich aus konjunkturabhängigen Einnahmen wie beispielsweise einer gemeinsamen Unternehmensteuer speist. Ein solcher Haushalt für die Eurozone entlastet Mitgliedstaaten im Abschwung, da sie weniger einzahlen aber trotzdem von den Ausgaben profitieren können, und führt so zu der grenzüberschreitenden Stabilisierung, die in der Krise dringend nötig gewesen wäre. Der EurozonenPlushaushalt sollte im Rahmen der EU-Finanzen verankert sein und für Nicht-Euromitgliedstaaten offen sein – insbesondere jene, die ohnehin beitreten wollen und sollen. Das europäische Parlament muss bei der Planung des Haushalts gleichberechtigt mitentscheiden. Langfristig wollen wir dann EU-Haushalt und EurozonenPlushaushalt zusammenführen.

Begründung

Die Funktionsweise und Begründung eines EurozonenPlusHaushaltes sollten deutlicher werden.

weitere Antragsteller*innen

Udo Philipp (KV Kiel); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); David Esders (Heidelberg KV); Moritz Damm (Heidelberg KV); Johannes Hemker (Berlin-Mitte KV); Florian Kollmann (Heidelberg KV); Johannes Scharr (Heidelberg KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Frieda Fiedler (Neckar-Bergstraße KV); Sebastian Seibel (Berlin-Mitte KV); Florian Lessing (Freiburg KV); Dorothea Kaufmann (Heidelberg KV); Burkhard Margies (Heidelberg KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Patrick Schiffer (Düsseldorf KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Felix Grädler (Heidelberg KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Thomas Bobinger (Aachen KV)